



Die Zukunft der Industrie in Deutschland

Die Industrie rückt wieder ins Zentrum sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 24. Januar ein Positionspapier für eine moderne sozialdemokratische Industriepolitik beschlossen. Es soll dazu beitragen, die gesellschaftliche Debatte über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen.

Die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen. Der demografische Wandel verändert die Bevölkerungsstruktur. Die Exportnation Deutschland wird in Zukunft einer weiter wachsenden wirtschaftlichen Konkurrenz auf den Weltmärkten ausgesetzt sein. Rohstoffe werden knapper. Die globale Kommunikation beschleunigt sich. Und der Klimawandel treibt uns an, unsere Art und Weise wie wir leben und wirtschaften zu verändern.

Die SPD zielt mit ihren Positionen sowohl auf klassische Schlüsselbranchen als auch auf grüne Technologien der Zukunft ab. Sie fordert unter anderem beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energieinfrastruktur, bessere Finanzierungsbedingungen für Firmengründungen, bessere Bedingungen für Auslandsinvestitionen, ein Programm für Hermes-Bürg-



Deutschlands industrielle Zukunft liegt unter anderem in grünen Industrien und regenerativen Energien. Das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion als Download: www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15642,00.pdf

Foto: juwi – www.juwi.de

schaften, einen Ausbau des Gebäudesanierungsprogramms, eine sichere Versorgung der Unternehmen mit Rohstoffen und Fachkräften sowie Bürokratieabbau.

Mit Sorge beobachtet die SPD-Bundestagsfraktion, wie die Bedeutung der Industrie und der Produktion aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwindet. Dabei ist die aktuelle Krisenfestigkeit gerade der industriellen Basis zu verdanken. Daher muss es bei der Modernisierungsdebatte darum gehen, einen Diskurs zu Rolle und Selbstverständnis sowie gesellschaftlicher Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie zu führen.

Termin vormerken:

Trierer Wirtschaftsgespräch der FES am 13. März 2012 um 19 Uhr in der IHK Trier (Herzogenbuscher Str. 12, 54292 Trier)

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Hubertus Heil** wirbt für eine progressive Wirtschaftspolitik. Mit einem neuen Fortschrittsprojekt soll es gelingen, wirtschaftlichen und technischen Fortschritt, sozialen Ausgleich und ökologische Vernunft in Einklang zu bringen.

Diskutieren Sie mit Hubertus Heil, was jetzt zu tun ist, um den Strukturwandel in Deutschland sozial zu gestalten.

2 | Die Bundespolitik

Der Bund und der DB-Fernverkehr

Wie der Bund versucht, seine Verantwortung in Richtung Luxemburg abzuschieben

Dass die Bundesregierung gerne Verantwortung von sich weist und auf europäische Nachbarn verschieben will, ist nicht neu. Wir sehen das beispielsweise bei den Verhandlungen zur Regulierung der Finanzmärkte oder bei der Stabilisierung des Euros. Aber dass man bei Union und FDP der Meinung ist, die Luxemburger Staatsbahn sollte doch den Fernverkehr von Köln nach Trier bis Luxemburg organisieren, schlägt dem Fass den Boden aus.

Am 19. Januar berichtete das Trierer Online-Magazin 16vor.de von einem Brief des Bundesverkehrsministeriums an den Trierer Oberbürgermeister Klaus Jensen. In diesem Brief schlug das Ministerium vor, dass die Luxemburger Staatsbahn CFL anstelle der deutschen DB AG den Fernverkehr zwischen Luxemburg und Köln organisieren könne. Hintergrund ist die Streichung zahlreicher Fernverkehrsverbindungen durch die Deutsche Bahn.

Aus meiner Sicht ist dieser Vorschlag eine Frechheit. Die Luxemburger sind doch nicht Lückenbüsser für eine falsche deutsche Verkehrspolitik von CDU/CSU und FDP. Die zentrale Frage ist, welchen Beitrag diese Bundesregierung leisten will, um auf der Moselstrecke die Bedingungen für den Fernverkehr zu verbessern. Mit der Antwort auf meine schriftliche Frage diesbezüglich von Ende Januar hat das Bundesverkehrsministerium deutlich gemacht, dass es nicht gewillt ist, die Moselstrecke für den Fernverkehr attraktiver zu machen und Maßnahmen zu planen, die Fahrzeitverkürzungen bringen könnten.



Meinungsaustausch zwischen DB AG und der SPD-Landesgruppe RLP im Bundestag:
Udo Wagner (DB-Konzernrepräsentant Rheinland-Pfalz/Saar), Manfred Nink, Fritz Rudolf Körper, Sabine Bätzing-Lichtenthaler, Rüdiger Grube (Vorstandsvorsitzender DB AG), Klaus Hagemann, Gustav Herzog und Michael Hartmann (v.l.n.r.)

Der Bund ist verantwortlich für Investitionen in die Infrastruktur und kann sich hier also nicht einfach auf der Verantwortung ziehen. Der Bund muss aus meiner Sicht die Voraussetzungen für Fahrzeitgewinne im Fernverkehr auf der Moselstrecke schaffen. Nur so wird das Angebot auch für das Fernverkehrsangebot der DB AG wieder interessant.

Die Bahn hat mir gegenüber deutlich gemacht, dass eine Fahrzeitverkürzung gegenüber dem Regionalverkehr für sie die zentrale Größe bei der Entscheidung über den Fernverkehr auf der Moselstrecke ist. Das unternehmerische Problem für die Bahn sieht nach Angaben von Bahn-Vertretern wie folgt aus: Wenn der Kunde die gleiche Strecke auch im subventionierten und somit günstigeren Regionalverkehr haben kann, dann entscheidet er sich häufig für die preisgünstigere Alternative. Die

Nachfrage im Fernverkehr sinkt dann entsprechend. Aus unternehmerischer Sicht sind die Verbindungsstreichungen dann nachvollziehbar.

Die politische Beurteilung muss dem nicht folgen, denn ich weiß auch, wie wichtig umstiegsfreie Verbindungen im Fernverkehr vor allem für Studierende und Berufspendler sind. Es gibt dort eine Nachfrage und die Bahn muss meiner Ansicht nach dort eine Lösung finden, die dieser Nachfrage gerecht wird.

Bei einem Meinungsaustausch der rheinland-pfälzischen SPD-Landesgruppe mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, am 26. Januar habe ich erneut ein verlässliches Verkehrsangebot der Bahn vor allem für die Pendlerinnen und Pendler zwischen Köln und Luxemburg gefordert.

Manfred Nink MDB

Was sind eigentlich Berichtersteller?

Über die fachpolitische Arbeitsteilung in den Bundestagsfraktionen

Bundestagsabgeordnete sind Generalisten und Fachleute zugleich. Für ihre Fachthemen sind sie die Berichtersteller der Fraktion. Aber was heißt das eigentlich und wie funktioniert eine Berichterstattung?

Jede Bundestagsfraktion ist arbeitsteilig organisiert. Abgeordnete arbeiten in einzelnen Fachausschüssen zum Beispiel zur Innenpolitik, zur Außenpolitik, für Wirtschaft und Technologie oder für den Haushalt. In diesen Ausschüssen benennen die Fraktionen einzelne Berichtersteller für spezielle Themen – etwa einen Berichtersteller für den Datenschutz im Innenausschuss oder einen Berichtersteller für den Schienenverkehr im Verkehrsausschuss.

Diese Spezialisten bearbeiten in erster Linie ihr Themengebiet. Sie beobachten aktuelle Regierungsvorhaben oder Entwicklungen auf europäischer Ebene, schätzen Gesetzesvorhaben ein, informieren ihre Fraktionen entsprechend und starten parlamentarische Initiativen.

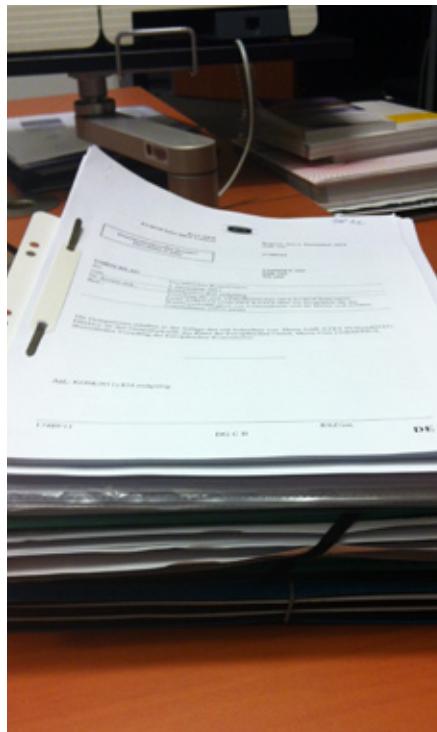
Nicht zuletzt sprechen sie zu ihren Themen im Ausschuss oder im Plenum.

Da Politik häufig komplex ist, gibt es allerdings auch Themenüberschneidungen. Es gibt dann

federführende und mitberatende Ausschüsse. Auch in diesen mitberatenden Ausschüssen gibt es dann entsprechende Berichtersteller für die Thematik des federführenden Ausschusses.

So ist zum Beispiel ein Straßenbauprojekt nicht nur eine Angelegenheit für den zuständigen Berichtersteller für Straßenbau im Verkehrsausschuss, sondern auch für den Berichtersteller für Verkehr im Wirtschaftsausschuss und den Berichtersteller im Haushaltungsausschuss. Anträge, Anfragen oder Gesetzesvorhaben werden dann in sogenannten Berichterstattergesprächen zwischen den Fachpolitikern abgestimmt, Meinungsverschiedenheiten ausgetauscht und Kompromisse geschlossen.

Trotz der Arbeitsteilung innerhalb der Fraktionen ist somit gewährleistet, dass bei der Beratung im Bundestag unterschiedliche fachpolitische Perspektiven – vertreten durch verschiedene Politiker mehrerer Ausschüsse – in den Meinungsbildungsprozess einfließen.



Stapelweise EU-Dokumente für Manfred Ninks Berichterstattungen im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Berichterstattungen in der Sitzungswoche vom 6. bis 10. Februar 2012

Manfred Nink ist SPD-Berichtersteller für europäische Wirtschaftspolitik (u.a. für Fragen des europäischen Binnenmarkts) sowie für Verkehr im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.

In der aktuellen Sitzungswoche bereit er unter anderem folgende Themen für die parlamentarischen Beratungen vor:

- Vorschlag für eine EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe

- Vorschlag für eine Verordnung der EU über den Ausbau der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung von Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität im Euro-Währungsgebiet betroffen oder bedroht sind

- Entwurf eines internationalen Übereinkommens über eine verstärkte Wirtschaftsunion

- Entwurf eines fünften Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes

- Antrag der SPD: Für einen neuen Infrastrukturkonsens – Schutz der Menschen vor Straßen- und Schienenlärm nachdrücklich verbessern

- Antrag der SPD: Bürgerinnen und Bürger dauerhaft vom Bahnlärm entlasten – Alternative Güterverkehrsstrecke zum Mittelrheinthal angehen

4 | Aus Partei und Fraktion

Fraktionserfahrung für Jugendliche

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die SPD-Bundestagsfraktion bietet in diesem Jahr für Jugendliche und junge Erwachsene, vor allem Schülerinnen und Schüler, aber auch Auszubildende und junge Studierende zwischen 15 und 20 Jahren ein einzigartiges Projekt an. Die Jugendlichen sollen erfahren, wie Politik funktioniert und wie eine Fraktion im Deutschen Bundestag arbeitet. Insgesamt 150 Jugendliche aus ganz Deutschland sollen an dem politischen Austausch vom **6. bis 8. Mai 2012 in Berlin** teilnehmen. Auch für eine Person aus meinem Wahlkreis ist ein Platz reserviert.

Dabei geht es aber nicht ausschließlich um das Reinschnup-

die Bundestagsfraktion in ihrer parlamentarischen Arbeit aktuell beschäftigt.

Die Ergebnisse der Beratungen des Planspiels Zukunftsdialog 2012 werden dokumentiert, die Ideen festgehalten. Die Beratungsergebnisse werden der echten SPD-Bundestagsfraktion vorgelegt und sollen mir und meinen Kolleginnen und Kollegen als wichtige Anregungen zur weiteren Diskussion übergeben werden.

Wer kann mitmachen und wie bewirbt man sich?

Interessierte zwischen 15 und 20 Jahren können sich ab sofort mit einem kreativen Beitrag zum The-

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

2. bis 8. Januar 2012

Vorstandssitzung Förderverein Seniorenbetreuung in der VG Schweich, Neujahrsempfänge der SPD Trier, des Kreisverbandes Bitburg und der Trierer Unternehmer, Einführung der neuen Verbandsbürgermeisterin in der VG Schweich, Informationsgespräch mit dem Leiter der Bundesagentur für Arbeit in Trier, Mitgliederversammlungen der SPD AG in der VG Schweich in Longuich und der Manfred-Arens-Stiftung in Föhren, Informationsgespräch bei den Caritas-Werkstätten in Trier, Klausurtagungen der SPD-Vorstände im Eifelkreis Bitburg und im Vulkaneifelkreis Daun

16. bis 29. Januar 2012

Sitzungswochen des Bundestages in Berlin, Neujahrsempfang der SPD AG der VG Ruwer in Waldrach, Gespräch mit dem Geschäftsführer Nahverkehr, Informationsgespräch mit dem Botschafter Kolumbiens, SPD-Gesprächskreis Finanzmarktregelung zum Derivatehandel, Neujahrsempfang der SPD Konz

30. Januar bis 5. Februar 2012

Schulbesuch beim Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Trier, Informationsfahrt mit Frank-Walter Steinmeier und einer Delegation der AG Wirtschaft zu BASF nach Ludwigshafen, Diskussion mit den Trierer Jusos zur Anbindung der Region an den Fernverkehr der Deutschen Bahn AG

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier
Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de
www.manfred-nink.de



pern der Jugendlichen in den Politikbetrieb, sondern die Fraktion verspricht sich davon, Anregungen für ihre zukünftige Politik zu gewinnen. Ziel ist es also vor allem Ideen und Konzepte kennenzulernen und gemeinsam über wichtige Zukunftsfragen unseres Landes zu diskutieren.

Als Abgeordnete im Planspiel bereiten die Jugendlichen selbst Initiativen inhaltlich vor, verfassen gemeinsam mit ihrer Arbeitsgruppe Anträge und versuchen, ihre Positionen in der Fraktion durchzusetzen. Alle werden an politischen Themen und Fragen arbeiten, mit denen sich

ma „Sozial - Was bedeutet das für mich“ bewerben. Ein kurzer Text mit maximal 3.500 Zeichen ist dabei genauso gerne gesehen wie ein Video, eine Collage oder jeder andere kreative Beitrag. Der Beitrag ist bis zum **15. März 2012** zusammen mit einem kurzen Lebenslauf zu senden per E-Mail an: manfred.nink@bundestag.de oder per Post an: Bürgerbüro Manfred Nink MdB, Christophstraße 1, 54290 Trier.

Weitere Informationen unter: www.spdfaktion.de/planspiel

Herzlichst, Euer